

Das radikale Demonstrationsverbot, das die Kantonspolizei für den 21. Oktober 2023 erlassen hat, führte in Basel zu einem unschönen Samstag. Die ganze Stadt stand unter Dauerbeschallung eines kreisenden Helikopters, besonders im Bereich der Dreirosenanlage kam es zu einem massiven Polizeieinsatz, dessen Verhältnismässigkeit stark bezweifelt werden muss. Sowohl das personelle Aufgebot als auch die eingesetzten Waffen und Geräte deuten zudem auf einen extrem teuren Einsatz hin.

Das Recht auf freie Meinungsäusserung und Versammlungsfreiheit sind in der Bundesverfassung und in den internationalen Menschenrechtsnormen garantiert. Nicht nur Menschenrechtsorganisationen, sondern selbst die UNO kritisierten das radikale Demonstrationsverbot scharf.

Einmal mehr fragt man sich, welche Strategie die Sicherheitsdirektorin verfolgt und was sie unter Deeskalation und Verhältnismässigkeit versteht. Die Kritik der UNO darf nicht spurlos an der Regierung vorbeigehen. Gerade in der aktuellen Zeit, in der die Bedeutung der Menschenrechte und des Völkerrechts an vielen Orten so herausragend ist, wäre es unverantwortlich, die Kritik der UNO leichtfertig zu behandeln.

Die Interpellantin bittet die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Die UNO kritisierte das radikale Demonstrationsverbot für Basel bereits im Vorfeld scharf. Wie positioniert sich die Basler Regierung zu dieser Kritik?
2. Während in Zürich und Bern "nur" Kundgebungen im Zusammenhang mit der kriegerischen Auseinandersetzung in Nahost verboten waren, erliess Basel als einzige Stadt ein radikales, allgemeines Verbot. Inwiefern waren diese Verbote koordiniert und wieso ging Basel einen entscheidenden, radikalen Schritt weiter?
3. Hat sich die Sicherheitsdirektorin auch für die Reaktion gegenüber der UNO mit den anderen Städten koordiniert? Hat der Kanton Basel-Stadt überhaupt auf die Rüge der UNO reagiert?
4. Trotz des Verbotes kam es dennoch zu einer Kundgebung, welcher die Kantonspolizei mit einem massiven Personal- und Waffenaufgebot begegnete. Wie hoch waren die Kosten des Polizeieinsatzes?
5. War die Schweizer Armee am 21. Oktober mit einem Helikopter im Einsatz in Basel-Stadt? Wenn ja, warum? Wenn nein, wessen Helikopter war im Einsatz und von wem wurde dieser angeordnet?
6. Was war die Aufgabe des eingesetzten Helikopters? Wie viele Stunden stand er im Einsatz? Was kostet dieser Einsatz?
7. An jenem Wochenende stand während vielen Stunden ein Helikopter im Einsatz. Bei vielen Menschen löst das Geräusch grosse Unsicherheit aus. Ist es die Haltung der Regierung, dass in Basel solche viele Stunden lange Helikoptereinsätze rund um Demonstrationen zur neuen Normalität werden sollen?
8. Gemäss den Informationen der Polizei und der Medien gab es keine nennenswerten Sachbeschädigungen von Seite der Teilnehmenden der Kundgebung. Hat sich an dieser Erkenntnis etwas geändert? Wenn ja: Auf welche Summe beläuft sich der Schaden?
9. Augenzeug:innen, Film- und Bild-Aufnahmen berichten von Sachschäden, die von der Polizei verursacht wurden (mindestens zwei Verkehrsunfälle und Autolackschäden sowie kaputte Autoscheiben durch Gummigeschosse). Wie hoch sind die Schäden, die durch die Polizei verursacht wurden?
10. Aufgrund der Beantwortung der Fragen 4-9: Waren die Kosten, die der Kanton für diesen Einsatz aufwendet, verhältnismässig?
11. Eine ernsthafte Deeskalationsstrategie würde die Basler Bevölkerung nicht nur weniger Geld kosten, sie wäre auch dem Wohl- und Sicherheitsempfinden zuträglich. Stimmt die Regierung mit dieser Aussage überein?

Lisa Mathys